

HIV-Selbsttest

Ab heute dürfen in der Schweiz HIV-Tests verkauft werden. 4

Kolumbien

Der konservative Iván Duque ist neuer Präsident. 7

Abgas-Skandal

Audi-Chef Rupert Stadler wurde gestern verhaftet. 9

Fussball-WM-Ticker

Gestern: Schweden – Südkorea 1:0; Belgien – Panama 3:0; Tunesien – England 1:2. Heute: Kolumbien – Japan; Polen – Senegal; Russland – Ägypten.

Obwaldner Zeitung

Dienstag, 19. Juni 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 139 | Fr. 3.50 | € 4.- www.obwaldnerzeitung.ch



Auswilderung

Reto Braun vom Tierpark Goldau präsentiert auf der Frutt den Bartgeier Fredueli. 25

CVP verlangt eine neue Abstimmung

Bern Wegen falscher Zahlen hat die CVP Beschwerde gegen die Abstimmung über ihre Heiratsstrafe-Initiative eingereicht.

Tobias Bär

Der Ausgang war denkbar knapp: 50,8 Prozent der stimmberechtigten Schweizer sprachen sich im Februar 2016 gegen die CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe aus. Im Vorfeld hatten die Gegner darauf hingewiesen, dass nur eine Minderheit der Zweiverdienerhepaare, nämlich rund 80 000, gegenüber unverheirateten Paaren tatsächlich steuerlich benachteiligt sei. Die

stützten sich dabei auf Zahlen des Bundes ab. Seit vergangener Freitag ist bekannt, dass diese Angaben falsch waren. Gemäss der korrigierten Schätzung sind rund 454 000 Zweiverdienerhepaare betroffen.

Nationale Abstimmung wurde noch nie annulliert

Die CVP hat gestern deshalb in acht Kantonen eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht. «Mit der korrekten Faktenlage hätte das Volk der Initiative zugestimmt», schreibt die Partei in einer Mitteilung.

Voraussichtlich wird sich das Bundesgericht mit der Frage beschäftigen müssen. Auf nationaler Ebene hat das Bundesgericht bislang allerdings noch nie eine Abstimmung aufgehoben. Anders sieht es auf kantonaler und kommunaler Ebene aus: So verfügte das Bundesgericht Ende der 1980er-Jahre die Wiederholung der Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit des Laufentals. Im zweiten Anlauf stimmten die Laufentaler für den Wechsel vom Kanton Bern zu Baselland. 5

«Mit der korrekten Faktenlage hätte das Volk zugestimmt.»

CVP Schweiz

Rennen aus Leibeskräften



Obwalden Sie rannten, schwammen und radelten um Minuten und Sekunden. 133 Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren nahmen am Kids Cup im Raum Seefeld teil. Ziel des Anlasses, der den Namen der Triathletin Nicola Spirig trägt, ist es, Kindern möglichst früh die Freude an der Bewegung zu vermitteln. 27

Bild: Matthias Stalder (Sarnen, 16. Juni 2018)

Kommentar

Deals zu hohem Preis?

Was derzeit in der deutschen Regierung vor sich geht, ist bemerkenswert: Der kleine Koalitionspartner CSU setzt der Kanzlerin in der Migrationspolitik die Pistole auf die Brust. Und riskiert den Regierungsbruch. Der Dissens in der Migrationspolitik zwischen der CSU und der CDU ist 2015 durch Merkels Flüchtlingspolitik ausgebrochen. Dass der Konflikt gerade jetzt zu eskalieren droht, hängt mit der bayerischen Landtagswahl im Oktober zusammen.

Der erfolgsverwöhnten CSU droht nach dem schlechten Ergebnis bei den Bundestagswahlen im «Freistaat» die nächste herbe Enttäuschung: Verpassen der absoluten Mehrheit bei gleichzeitigem Erstarben der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD). Die CSU will die Wähler der AfD zurückgewinnen. Daher will sie in der Migrationspolitik Pflöcke einschlagen und Flüchtlinge ohne Bleiberecht schon an der Grenze abweisen. Die CSU spielt mit dem Feuer. Eine Eskalation würde wohl das Ende Merkels als Kanzlerin einläuten, der CSU aber kaum zum erhofften Erfolg verhelfen.

Zwar muss Merkel einen Autoritätsverlust hinnehmen, nachdem sie von der CSU eine Frist auferlegt bekommen hat. Und angesichts des Streits ist kaum vorstellbar, dass die Regierung bis 2021 bestehen bleibt. Doch Merkel ist zuzutrauen, dass sie die Eskalation – noch – verhindern wird. Sie überzeugt in bilateralen Gesprächen ihre europäischen Partner für Rücknahmeabkommen zu einem Preis, den Brüssel oder Berlin zu zahlen hat. Es könnte in Richtung schrittweiser Zurückweisung von bestimmten Migrantengruppen an der Grenze gehen, im Gegenzug fliessen Gelder. Die CSU dürfte sich als Siegerin hinstellen – die Kanzlerin, zwar angeschlagen, ebenso.



Christoph Reichmuth, Berlin christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch

Asylstreit um 14 Tage verschoben

Deutschland Der Asylstreit in Berlin ist noch nicht geschlichtet. Kanzlerin Angela Merkel hat zwei Wochen Zeit, um in der EU bilaterale Flüchtlingsabkommen zu schmieden. Klappt das nicht, will Innenminister Horst Seehofer bestimmte Migranten an der Grenze zurückweisen. Konkret soll Merkel ausloten, welche EU-Länder bereit sind, Flüchtlinge zurückzunehmen, die dort schon einmal registriert wurden. Gestern bot sich Merkel gleich die erste Gelegenheit zu bilateralen Gesprächen, als sie Italiens Premier Giuseppe Conte in Berlin empfing. (sda) 3

3

General Electric baut 1200 Stellen ab

Aargau Der US-Konzern General Electric (GE) baut in der Schweiz etwas weniger Stellen ab als ursprünglich geplant. Die Pläne des Unternehmens sehen nach Abschluss des Konsultationsverfahrens nun einen möglichen Abbau von höchstens 1200 Stellen vor, wie das Unternehmen gestern mitteilte. Zuvor sollten 1400 bei der Restrukturierung der Kraftwerkssparte dem Rotstift zum Opfer fallen. Der Anfang Jahr lancierte Austrittsplan von GE hat aber bereits zu einer Reihe von Abgängen geführt. 684 Stellen sind nun noch betroffen. (sda) 9

9

Bund bewilligt HIV-Selbsttest

Gesundheit HIV-Tests zur Eigenanwendung dürfen ab heute in der Schweiz verkauft werden. In Zukunft kann also jede Person mit einem sogenannten Selbsttest zu Hause überprüfen, ob er oder sie sich mit HIV angesteckt hat. Die Schweizerische Heilmittelbehörde Swissmedic habe die Abgabe solcher HIV-Selbsttests bewilligt, schreibt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in einer Mitteilung. Bisher durften HIV-Tests in der Schweiz nur in einem professionellen Umfeld, zum Beispiel von einem Arzt oder in einem Spital, durchgeführt werden. (sda) 4

4

Bundesgericht hebt Urteil auf

Obwalden Nachdem die in Sarnen geschlossene Ehe einer Kosovarin vom Kantonsgericht als Zwangsheirat für ungültig erklärt worden war, wurde der Frau vom Kanton Obwalden die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung verweigert. Sie hätte die Schweiz verlassen müssen. Die Beschwerden dagegen zog die Frau bis vor Bundesgericht. Dort erhielt sie nun Recht. Obwalden muss die Aufenthaltsbewilligung verlängern. Das Verwaltungsgericht habe sein Urteil willkürlich gefällt und begründet, kommt das Bundesgericht in seinem Urteil zum Schluss. (unp) 23

23

Dominique Gisin CEO der Sporthilfe

Stiftung Bernhard Heusler und Urs Wietlisbach wurden vom Exekutivrat von Swiss Olympic zu den neuen Präsidenten der Stiftung Schweizer Sporthilfe gewählt. Als eine der ersten Amtshandlungen konnten sie Dominique Gisin als CEO für die Schweizer Sporthilfe gewinnen. Die Engelberger Olympiasiegerin wird ab dem 1. Oktober ihre Führungsaufgaben wahrnehmen. Im Interview sagt Gisin: «Der Spitzensport liegt mir sehr am Herzen, und insbesondere die Athletinnen und Athleten. Gerne möchte ich sie auf ihrem Weg unterstützen.» (rg/sda) 41

41



Inhalt 18 | Börse 8 | Piazza 13-15 | Rätsel 32 | TV/Radio 20 | Agenda 18 | Forum 10 | Ratgeber 21 | Todesanzeigen 16/17 | Wetter 21

Abonnemente 041 429 53 53, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch, Internet www.obwaldnerzeitung.ch, Redaktion 041 662 90 70, redaktion@obwaldnerzeitung.ch, Inserate 041 429 52 52, inserate@lzmedien.ch